

**Der Grosse Rat Le Grand Conseil
des Kantons Bern du canton de Berne**

Montag (Nachmittag), 22. März 2021 / Lundi après-midi, 22 mars 2021

**2. Priorität – Direktion für Inneres und Justiz /
2^e priorité – Direction de l'intérieur et de la justice**

**131 2020.RRGR.171 Postulat 120-2020 Michel (Schattenhalb, SVP)
Raumplanerische Antworten auf die neuen Kampfflugzeuge**

**131 2020.RRGR.171 Postulat 120-2020 Michel (Schattenhalb, UDC)
Aménagement du territoire et nouveaux avions de combat**

Präsident. Wir kommen noch zu Traktandum 131, einem Postulat von Grossrat Michel «Raumplanerische Antworten auf die neuen Kampfflugzeuge». Der Antrag der Regierung lautet auf Ablehnung, ich gebe dem Postulanten das Wort, Grossrat Michel.

Andreas Michel, Schattenhalb (SVP). Ja, wertee Kolleginnen und Kollegen, es klingt vielleicht jetzt komisch, aber es geht bei diesem Vorstoss nicht um den Lärm des Militärflugplatzes Unterbach an sich. Es geht um die Auswirkungen auf die Raumplanung und damit um die Weiterentwicklung der Region Oberer Brienzersee-Oberhasli. Das neue Kampfflugzeug repräsentiert die Zukunft der Schweizer Sicherheitspolitik. Obwohl die Bevölkerung in den elf vom Militärflugplatz am stärksten betroffenen Gemeinden das wohl auch so sieht, war eine knappe Mehrheit von 51 Prozent gegenüber dem Beschaffungsentscheid ablehnend eingestellt. Die Bevölkerung in der unmittelbaren Umgebung von Unterbach hat die Beschaffung der neuen Kampfflugzeuge hingegen mit einem Stimmanteil von 60 Prozent abgelehnt. Bevor die Stimmung ganz kippt, wollen wir reagieren. Eine Reaktion, die nicht gegen den Militärflugplatz Unterbach und die Anzahl Flugbewegungen gerichtet ist, sondern die fragt, wie man mit den geltenden eidgenössischen und kantonalen Gesetzgebungen mit den Raumplanungsgesetzen, mit der Lärmschutzverordnung und so weiter, adäquat umgehen kann.

Die Gemeinden sind mit den diversen Anliegen natürlich schon an das Eidgenössische Departement für Verteidigung, Bevölkerungsschutz und Sport (VBS) gelangt. Oberflächlich gesehen ist die Gesprächsbereitschaft da, doch die entscheidenden Informationen fliessen nur sehr zähflüssig. Weil man trotz zahlreichen Gesprächen über die letzten rund fünf Jahre keine wesentlichen Schritte, ja eigentlich gar nicht, weiterkam und weil man vom Kanton mehr Unterstützung erwartet als die Hinweise auf die Nichtzuständigkeit, braucht es jetzt weitergehende Massnahmen.

Worin besteht das Dilemma? Ein Lärmbelastungskataster auf dem Jahr 1997 zeigt auf, wo rund um den Militärflugplatz Unterbach aufgrund der eidgenössischen Lärmschutz-Verordnung (LSV) das Bauen eingeschränkt ist. Je nach Perimeter dieses Lärmbelastungskataster ist das Bauen mit Restriktionen und/oder Auflagen verbunden. Innerhalb des Alarmgrenzwertperimeters von 70 Dezibel wird das Bauen wesentlich strenger gehandhabt als beispielsweise das Bauen ausserhalb von Bauzonen.

Der Dorfteil Unterbach ist weitestgehend davon betroffen Eine Sanierung von Wohnraum auf einen zeitgemässen Standard ist dort eigentlich kaum möglich. Heute ist die Auslegung dieser strengen eidgenössischen Vorschriften dermassen eng, dass offenbar auch keine Ausnahmen mehr geduldet werden können. Im 65-Dezibel-Emissionsgrenzwertperimeter gibt es Baubeschränkungen und im Planungswertperimeter von 60 Dezibel sind die Gemeinden der Begrenzung von allfälligen Neueinzonungen betroffen. In diesem Lärmbelastungskataster von 1997 – und offenbar ist der heute immer noch behördenmassgebend – bedeckt dieser 60-Dezibel-Perimeter den ganzen Talboden und verstreute Liegenschaften an den Berghängen auf einer Länge von rund 9 Kilometern. Dieser Kataster ist aber noch nicht auf der Basis des aktuellen F/A-18 berechnet worden. Für diesen gibt es inoffizielle Katasterberechnungen der EMPA aus dem Jahr 2011, in welchem der entsprechende Perimeter vom oberen Brienzersee bis auf die Höhe des Dorfs Meiringen geht. Das sind rund 12 Kilometer des gesamten Talbodens inklusive grosse Teile des Dorfs Brienzwiler.

Aufgrund von Expertenmeinungen müssen die Gemeinden davon ausgehen, dass der Perimeter des Lärmbelastungskatasters für das neu zu beschaffende Kampfflugzeug noch einmal substantiell

erweitert wird. Der Lärmbelastungskataster wird in grossen Teilen berechnet und nicht gemessen. Diese Berechnungen können nach dem letztjährigen Beschaffungsentscheid für die in Frage kommenden Flugzeugtypen eigentlich schon erstellt werden. Kollege Abplanalp wird sich dazu noch weitergehend äussern. Unter uns gesagt: Jetzt, wo das Schweizer Militär nur noch 3 Jetflugplätze betreibt und die möglichen Flugbewegungen auf diesen drei voll ausgeschöpft werden müssen, müsste man jedem bauwilligen Bürger eigentlich empfehlen, das künftige Wohnhaus möglichst weit weg vom Flugplatz zu erstellen. Das ist in einigen Fällen, in denen eine starke Bindung an das Elternhaus besteht, oder wo die landwirtschaftlich genutzte Fläche im Talboden liegt, schwierig möglich.

Kommt der Wegzug in Frage, müsste man auch aus raumplanerischer Sicht auch entsprechende alternative Standorte anbieten oder entsprechende Ausweichmöglichkeiten im Tal aufzeigen können. Ist denn eine Prüfung, die aufzeigen soll, wo die Problematik aus raumplanerischer Sicht genau liegt und was für Lösungsansätze in Bezug auf die aktuellen Gesetzgebungen für die Weiterentwicklung von diesem Tal, wirklich zu viel verlangt? Das insbesondere auch noch in dem Licht, dass in diese Flugplatzthematik noch weitere Faktoren hineinspielen. (*Der Präsident bittet den Redner, zum Schluss zu kommen. / Le président demande à l'orateur de conclure.*) Jawohl, das mache ich. Ich komme diesen Gedanken später noch einmal kurz sagen. Ich bitte Sie, diesen Vorstoss zu unterstützen.

Präsident. Jetzt übergebe ich das Wort gern an Grossrat Ueli Abplanalp. Er ist Mitpostulant.

Ueli Abplanalp, Brienzwiler (SVP). Neben dem Dörfchen und dem Bach und den landwirtschaftlichen Wohnbauten rund um den Flugplatz ist Brienzwiler ganz besonders von diesen raumplanerischen Einschränkungen betroffen. Bereits heute ist ein Drittel des Dorfs dem jetzigen Lärmschutzkataster, welcher, wie Sie gerade ausführten, vor allem auf dem Flugzeugtyp F-5 Tiger berechnet wurde. Dank diesem Kataster – das muss man auch erwähnen – wurden die bestehenden Wohnbauten mit Lärmschutzfenstern ausgerüstet. Das hat eine massive Verbesserung der Lärmbelastung gebracht. Diese Massnahme ist aber aufgrund einer Bestimmung des Bundesamts für Umwelt (BAFU), welche verlangt, dass der Lärm beim offenen Fenster gemessen wird, weder für Änderungen noch für Neubauten zulässig. Lediglich eine Renovation ohne Änderung der Masse ist noch gestattet. Während man die Flugzeuge evaluierte, wurde mit allen Flugzeugtypen ein bis zwei Starts und ein Durchstarten gemacht. Und diese Bewegungen wurden alle von der EMPA gemessen und aufgezeichnet. Darum kann man unmittelbar nach dem Typenentscheid einen aktualisierten Lärmkataster berechnen. Das ist eine der konkreten Forderungen, die wir mit diesem Vorstoss an die Berner Regierung stellen als Prüfauftrag.

Der Flugplatz besteht jetzt seit 80 Jahren. Die umliegende Bevölkerung hat sich an den Lärm gewöhnt und ist bereit, mit diesen Einschränkungen zu leben. Darum bitten wir die Regierung, sich für eine Lockerung der raumplanerischen Einschränkungen einzusetzen. Diese Einschränkungen warten nämlich nicht, bis das neue Flugzeug beschafft wird, sondern die bestehen jetzt schon. Deshalb bitten wir Sie, dieses Postulat zu unterstützen und anzunehmen.

Präsident. Dann fahren wir weiter mit den Fraktionen. Der erste Sprecher ist Grossrat Markus Wenger für die EVP.

Markus Wenger, Spiez (EVP). Die Sache mit diesen Kampfflugzeugen, dem Lärm und der Topografie, die wir im Hasli einfach haben, das sind wirklich schwierige Voraussetzungen, die eine Begleitung und ein Hinschauen in der Entwicklung dieser Bauten, die wir dort haben, nötig machen. Sie werden nicht erstaunt sein, wenn ich sage, dass wir heute Top-Schallschutzfenster haben, bei denen man eigentlich diese Sache kontrollieren kann und in den Griff bekommen kann. Aber genau um das geht es ja hier nicht, sondern dass man wirklich diesen Beschaffungsprozess begleitet und schaut, dass man das optimal für die einheimische Bevölkerung gestalten kann. Wir haben in der Antwort der Regierung gelesen, dass das noch ein langer Weg ist, bis die nächste Generation Kampfflugzeuge dort startet und landet. Ich finde es trotzdem nicht falsch, wenn wir diesen Vorstoss jetzt überweisen, damit entsprechend rechtzeitig diese Fragen gestellt werden können und dieser Beschaffungsprozess begleitet werden kann.

Die EVP-Fraktion wird diesem Vorstoss mehrheitlich zustimmen.

Beat Kohler, Meiringen (Grüne). Viele Voten hier sind getrieben von persönlicher Betroffenheit.

Persönliche Betroffenheit ist meistens ganz wichtig, darum ist es vielleicht nicht erstaunlich, dass für die grüne Fraktion ich sprechen komme. Ich bin 1997/1998 als Lehrer nach Unterbach gewählt worden. Das Schulhaus in Unterbach ist etwa 100 Meter neben der Piste. Man hat also eine gewisse Lärmbelastung, wenn man in diesem Schulhaus unterrichtet. In den gleichen Jahren kam auch der F/A-18 das erste Mal landen und starten. Starten ist fast schlimmer als Landen, oder ohne «fast». Ich brauche keine EMPA-Lärmmessung, um zu wissen, dass der F/A-18 viel lauter ist, als es die Tiger vorher waren. Sogar wenn die Tiger in der Doppelstaffel starteten, war der F/A-18, wenn er einzeln ging, immer noch lauter.

Wir haben es vorher gehört vom Postulanten, dass die EMPA eben diese Messungen machte und dass man weiss, dass diese Flüge viel lauter sind. Für mich unverständlich ist, dass der Vorstoss jetzt auf den nächsten Kampfjet abzielt, denn die Situation war einfach schon in den letzten 20 Jahren schon unerträglich für die lokale Bevölkerung. Es ist unverständlich, dass dieser Kataster, den man heute noch braucht, immer noch auf die Tiger abstellen, obwohl diese ja eigentlich schon längstens ausgemustert werden sollen.

Nichtsdestotrotz: für die lokale Bevölkerung ist es sicher wichtig, dass sie Unterstützung vom Kanton erhält. In anderen Kantonen – wenn wir ins Wallis schauen, nach Sion: Dort hat die Bevölkerung schon lange Unterstützung erhalten. Dort sind keine Kampfjetbewegungen mehr. In Emmen erhält die lokale Bevölkerung die Unterstützung des Kantons. Dort wurden die Flugbewegungen eingeschränkt. In Unterbach mit der ungünstigsten Topografie von all diesen Flugplätzen ist die Unterstützung relativ dürtig seitens Kanton.

Darum werden wir dieses Postulat unterstützen, auch wenn es sich jetzt auf die nächste Generation Kampfjets ausrichtet und das Problem erst in Zukunft angehen will. Aber es ist wichtig, dass man das genau anschaut. Es wäre nämlich schon so, wie es gesagt wurde: Eigentlich müsste man hier in einem viel grösseren Perimeter schauen, dass die Leute vom Lärm geschützt sind.

Vielleicht noch an Kollege Wenger: Lärmschutzfenster sind gut. Wir hatten übrigens im Schulhaus Unterbach eine doppelte Lärmschutzverglasung und trotzdem, wenn der F/A-18 startete, musste ich nicht mehr Schule geben wollen, man hat nämlich einfach nichts mehr gehört in diesem Schulzimmer. Die Belastung ist gross, und die Leute vor Ort wären froh um die Unterstützung seitens Kanton, damit man nicht das Gefühl hat, nur weil man an der Peripherie ist, werde man vergessen.

Martin Egger, Frutigen (glp). Für die glp ist es klar, dass es eine raumplanerische Veränderung in dieser Region oberer Brienzersee-Haslital bei der Beschaffung und Stationierung der neuen Kampfjets geben wird. Das ganze Gebiet ist heute schon relativ stark durch den Militärflugplatz Meiringen dominiert, und die Bewohner dort müssen sich mit gewissen Lärmemissionen durch das Leben schlagen. Alle diese Nachteile haben sie. Aber es hat auch viele Arbeitsplätze geschaffen. Es werden aber sicher noch einige Jahre vergehen, bis von den Bundesbehörden entschieden ist, was für ein Flugzeugtyp angeschafft wird. Ob, und zu welchen raumplanerischen Veränderungen die neuen Kampfjets führen werden, wird sich erst in ein paar Jahren zeigen. Alle diese Auswirkungen dieses 6-Milliarden-Kaufs sind noch überhaupt nicht abzuschätzen. Für uns ist der Vorstoss viel zu früh auf dem Tapet. Aus diesen Gründen wird die glp das Postulat ablehnen. Aber wir werden den weiteren Verlauf auch intensiv verfolgen.

Werner Moser, Landiswil (SVP). Mit diesem Postulat wird vom Regierungsrat die Prüfung der zukünftigen raumplanerischen Auswirkungen im Gebiet des Militärflugplatzes Meiringen verlangt. Das nachdem die Schweizer Bevölkerung dem Kauf von neuen Kampfflugzeugen zugestimmt hat. Der Regierungsrat wird aufgefordert, zu prüfen, wie die Wohnbevölkerung, sowie die Behörden der betroffenen Gemeinden angemessen unterstützt werden könnten.

Die SVP-Fraktion anerkennt die bisher immer mehrheitlich positive Haltung der betroffenen Bevölkerung zum Militärflugplatz Meiringen. Die Fraktionsmehrheit ist mit den Postulanten einverstanden, dass sich der Regierungsrat für die von Fluglärm und raumplanerischen Einschränkungen Betroffenen einsetzt. Für die SVP ist die Übernahme von eventuellen Einschränkungen und Belastungen durch die betroffene Bevölkerung mit geeigneten Entlastungsmassnahmen zu kompensieren. Auch wenn der Regierungsrat diesen Vorstoss zum jetzigen Zeitpunkt als zu früh erachtet, ist ein Postulat, das ein berechtigtes Anliegen aufnimmt, die richtige Vorstossform. Die SVP-Fraktion wird das Postulat mit grosser Mehrheit annehmen, und ich bitte Sie, das auch zu machen.

Präsident. Sprecherin der SP-JUSO-PSA-Fraktion ist Grossrätin Marianne Dumermuth.

Marianne Dumermuth, Thun (SP). Die SP-Fraktion unterstützt das Postulat mehrheitlich. Wir können die Anliegen der Postulanten nachvollziehen. Denn der Raum Meiringen ist schon heute sehr stark von den startenden und landenden Kampfflugzeugen betroffen. Wir haben es ja auch gehört, dass diese Emissionsgrenzwerte überschritten werden. Wir wissen zwar wirklich nicht, das ist klar, welche neuen Kampfflugzeuge beschafft werden. Wir können uns aber wirklich nicht vorstellen, dass diese nicht mindestens so laut wie der F/A-18 sein sollen. Was ich aber gelesen habe ist, dass gemäss Aussagen des VBS der Lärm, also die Lärmemissionen, dieser Flugzeuge nicht ein Teil der Kriterien für die Beschaffungen. Wir erwarten einfach generell, dass der Kanton näher bei der Bevölkerung ist, näher als das VBS und dass der Kanton die Besorgnis der Bevölkerung aufnimmt, was er ja sicher schon macht, aber auch in die Tat umsetzt. Er soll sich dafür einsetzen, dass auch mit diesen neuen Flugzeugen, denn Meiringen ist schliesslich bereit, diese Flugplatz immer noch so zur Verfügung zu stellen, und sich nicht zu wehren so wie im Wallis, dass die raumplanerischen Entwicklungen in dieser Region auch mit den neuen Kampfflugzeugen möglich sind.

Wir wissen ja alle, dass raumplanerische Prozesse sehr lange dauern, und darum finden wir es eigentlich gar nicht so verfrüht, dass man zumindest gedanklich das Ganze einmal an die Hand nimmt und deshalb unterstützen wir dieses Postulat mehrheitlich.

Alfons Bichsel, Merligen (Die Mitte). Dass die Bevölkerung und die Gemeinden in der Region Oberhasli Planungssicherheit im Zusammenhang mit der Fliegerbeschaffung wünschen, ist nur nachvollziehbar. Denn der Lärmbelastung, den raumplanerischen Auswirkungen, die wohl am meisten beeinflussen werden, ist auch diesem Punkt grösste Beachtung zu schenken.

Ich habe selber acht Jahre in der Forschung und Entwicklung gearbeitet, habe dort Lärmmessungen durchgeführt und muss aus technischer Sicht hier eben einen kleinen Einwand machen. Sicher wurden jetzt bei der Evaluationsphase dieser verschiedenen Kampfflugzeugstypen Lärmmessungen durchgeführt. Diese können aber leider nicht für die Richtwerte von möglichen raumplanerischen Auswirkungen eins zu eins angewandt werden und zu einem späteren Zeitpunkt nachgeholt werden. Das ist dann sicher so, wenn der Typenentscheid gefällt wurde. Ich möchte hier noch einmal betonen, dass es der Mitte ganz klar darum geht, dass man diesen Gemeinden und der Bevölkerung im Oberhasli die entsprechende Unterstützung zukommen lässt. Wir denken aber eben aufgrund des fehlenden Typenentscheids, dass dieses Anliegen definitiv zu verfrüht kommt. Und auch die Rücksichtnahme der guten Zusammenarbeit mit den Behörden des VBS, die eben Ausnahmeregelungen beinhalten wird, schätzen wir höher ein. Und aus diesem Grund lehnt Die Mitte das Postulat einstimmig ab.

Samuel Kullmann, Thun (EDU). Viele Fragen sind tatsächlich noch offen. Es gibt auch eine gewisse Vagheit, die im Raum steht. Das sieht man beispielsweise auch in der Antwort des Bundesrats auf eine Interpellation von SP-Nationalrätin Priska Seiler-Graf, in der der Bundesrat schreibt: «Das VBS geht davon aus, dass die wahrnehmbaren Lärmemissionen der evaluierten Flugzeuge in die Kategorie derjenigen der F/A-18 CD» – also die, die seit 1997 im Einsatz sind, dass diese in dieser Kategorie seien. Ja, was heisst das, in dieser Kategorie sein? Das ist nicht so konkret, und diesbezüglich verstehen wir das Anliegen der Bevölkerung von Meiringen und Umgebung, wie wir gehört haben, wo es deutlich geringere Zustimmung bei der Kampfjetbeschaffung gab, als man das sonst vom Berner Oberland gewohnt sein könnte. Viele grüne Flecken und plötzlich gab es einige rote. Das ist natürlich auch nachvollziehbar, da die direkte Betroffenheit der negativen Aspekte dort sicher am grössten ist.

Für die EDU-Fraktion ist es sehr wichtig, dass man der Bevölkerung dort, und auch den Behörden, hilft, dass man ihnen Planungssicherheit gibt, soweit es möglich ist, und zwar lieber schon heute als in einem Jahr, weil das alles Einfluss auf das Planen und das Bauwesen hat. Darauf muss man sich einstellen können. Man muss sich darauf einstellen können, was auf einen zukommt. Es ist ja jetzt nicht so, dass es noch so viele Kampfjettypen zur Auswahl gibt wie Joghurt im Migros. Es sind vier Typen, die beschränkt sind, und diesbezüglich haben wir schon auch die Erwartung, dass es doch möglich sein sollte, basierend darauf, dass es einer dieser vier Typen sein wird, der beschafft wird, dass man hier noch vertieft Abklärungen trifft, was die Lärmemissionen sind, was das für Folgen für die Bevölkerung vor Ort hat. Da bitten wir den Regierungsrat im Sinne des Postulats tätig zu sein. Sie hören es aus meinem Votum heraus: Die EDU-Fraktion ist für Annahme dieses Postulats.

Sandra Hess, Nidau (FDP). Auch unsere Fraktion hat grosses Verständnis für das Anliegen. Einen Militärflugplatz im Siedlungsgebiet zu haben, ist eine grosse Herausforderung. Die betroffene Regi-

on lebt schon lange damit. Die Bevölkerung und die Wirtschaft haben einen Umgang mit dem Flugplatz gefunden und auch Chancen und Risiken kennengelernt. Nachdem jetzt das Schweizer Volk vor kurzem die Anschaffung des neuen Kampfflugzeugs beschlossen hat, fragt sich auf jeden Fall, was das jetzt für Auswirkungen auf das Wohnen, auf das Arbeiten, auf das Leben in der Region und selbstverständlich auf den Lärmkataster hat.

Als Seeländerin habe ich dank diesem Vorstoss gelernt, dass ein Kampffjet eben nicht gleich Kampffjet ist, und zwar nicht nur technisch, fliegerisch und militärisch, sondern auch in Bezug auf die Flugrouten und den Lärm, dass das einen Unterschied macht. Ich verstehe absolut und die ganze Fraktion versteht, dass man wissen will, welchen Einfluss denn jetzt dieser Kampffjet auf die Raumplanung hat. Das ist aber eben von der Typenwahl abhängig. Und solange das eben nicht bekannt ist, welcher Typ hier beschafft wird, solange können wir nachvollziehen, dass die Regierung argumentiert, dass es keinen Sinn ergibt, hier viel Zeit und Geld in Berichte zu stecken, die nur Szenarien oder Optionen aufzeigen können, aber die letztendlich der betroffenen Bevölkerung in der Region nicht die Wahl offenlässt. Also sie haben kein Mitspracherecht bei der Typenwahl. Und so lange man nicht weiss, welcher Typ konkret gewählt wird, solange ergibt es eben auch keinen Sinn, Berichte zu verfassen.

Insgesamt haben wir sehr Verständnis für das Anliegen, aber wir sehen zum jetzigen Zeitpunkt keinen Sinn und auch keinen Mehrwert für die Betroffenen darin, wenn man jetzt die Berichte macht, und darum lehnen wir den Vorstoss mehrheitlich ab. Sobald diese Typenwahl aber bekannt ist, sind wir selbstverständlich auch dabei und der Meinung, dass das die Regierung schon von sich aus macht, dass man hier wirklich subito Antworten liefern muss.

Präsident. Dann kommen wir zum Standpunkt der Regierung. Ich übergebe gerne das Wort an Regierungsrätin Evi Allemann.

Evi Allemann, Direktorin für Inneres und Justiz. In der Tat hat der Regierungsrat grosses Verständnis für die Bedürfnisse der Bevölkerung in der Region oberer Brienzersee-Haslital. Ich bin seit längerem im direkten Austausch mit den Behördenvertretern, mit den Gemeindepräsidenten und Gemeinderatspräsidenten der Region, weil mir durchaus bewusst ist, dass wir hier eine raumplanerische Herausforderung haben. Und im Gespräch mit den Direktbetroffenen wurde auch klar, dass wir gegenüber dem Bund geeint auftreten müssen. Ich konnte auch letzten Herbst Türöffnerin spielen, damit wir beim VBS vorsprechen konnten, die Problematik auslegen konnten, diese raumplanerische Problematik – nicht die sicherheitspolitische Thematik, die dahintersteht. Wir haben uns eigentlich im Vorfeld darauf geeinigt, dass wir zum Bund gehen, weil wir zusätzliche raumplanerische Entwicklungsmöglichkeiten erkämpfen möchten.

Bereits heute ist – das wurde bereits mehrfach gesagt – diese Region in einer Entwicklung aufgrund der Lärmemissionen arg limitiert. Die Überarbeitung des Katasters wird zu einer noch grösseren Einschränkung führen und je nach Typenwahl wird die Situation sich noch einmal verschärfen. Aber wie sich das dann genau präsentiert mit den neuen Kampffjets, das steht in den Sternen und Sie sehen ein wenig, worauf ich hinauswill. Wenn Sie den Vorstoss genau lesen, ist dieser, um ihm in jeglicher Hinsicht Unterstützung zu bieten, ein bisschen zu stark fokussiert auf die neuen Kampffjets. Der Vorstoss will nämlich nicht, dass wir raumplanerische Entwicklungen ermöglichen sollen. Da sind wir im Gespräch. Und wenn das so formuliert gewesen wäre, hätten wir auch sofort diesen Vorstoss zur Annahme empfehlen können. Der Vorstoss will, dass der Regierungsrat prüft, was die neuen Kampffjets für die Raumplanung für Auswirkungen haben. Und diesen Prüfauftrag können wir nicht schon vorausschauend im Voraus bereits erfüllen. Da müssen wir wirklich wissen, welcher Typ beschafft wird.

Das Parlament und die Stimmbevölkerung im September letzten Jahres hat nur den finanziellen Rahmen von 6 Millionen Franken... 6 Milliarden Franken, schön wär's, für die neuen Kampffjets beschlossen. Nur den finanziellen Rahmen! Und im Rahmen der Armeebudgetdiskussion wird man sich nachher ganz konkret für eine Typenwahl entscheiden. Es ist also heute noch offen, welcher Kampffjettyp die Schweiz beschaffen wird. Es ist nur klar, dass die Schweiz einen neuen Kampffjet, oder neue Kampffjets beschaffen wird. Der Typ ist noch offen, die konkrete Anzahl ist noch offen. Und selbstverständlich ist angesichts der Tatsache, dass der Typ noch offen ist, auch nicht klar heute, wie die Lärmbelastung und die Lärmemissionen dieses Kampffjets sein werden. Also ergibt der Prüfauftrag, den Sie uns geben wollen, heute wirklich absolut keinen Sinn. Sie wissen auch, in welchem Zeithorizont solche Vorstösse umgesetzt werden müssen. Wir müssten Ihnen viel zu früh Bericht erstatten. Um wirklich auf diesen Typ eingehen zu können, bräuchten wir viel zu lange Zeit,

also ist es wirklich sinnlos, wenn wir uns jetzt selbst beüben mit so einem Prüfauftrag. Aber was wir trotzdem machen, ist, zu versuchen, die sich zurzeit in der Diskussion befindenden Lärmschutzgesetzgebung des Bundes aktiv mitzugestalten, um hier für diese Region, die wirklich vom Lärm besonders betroffen ist, versuchen eine Lösung auszuverhandeln, die Entwicklungsmöglichkeiten bietet.

Gerade heute Abend wird mein Amtschef vor Ort in der Region anwesend sein, um genau diese Fragen zu diskutieren und auch zusammen mit den betroffenen Gemeinden gegenüber dem Bund aufzutreten um dort zu erklären, dass wir nicht nur eine Lärmherausforderung haben, sondern eben auch eine raumplanerische Herausforderung. All diese, die vorher argumentierten, dass sie Verständnis hätten für die Lärmbelastung und dass man diese reduzieren soll auf eine Anzahl Flugbewegungsreduktionen oder auf die Ereignisse rund um den Flugplatz Sion verwiesen haben, diese müsste ich auch enttäuschen. Denn dieser Vorstoss will raumplanerische Entwicklungsmöglichkeiten trotz der Lärmbelastung. Die andere Strategie, die wir auch diskutiert haben letztes Jahr im Vorfeld, bevor wir zum Bund gingen, ist, dass wir uns auf eine Verminderung des Lärms fokussieren. Das wäre sicher für diejenigen, die unter dem Lärm leiden auch ein guter Ansatz. Aber wir haben uns entschieden, gegenüber dem Bund die Anzahl Flugbewegungen zu akzeptieren. Die Gemeinden haben das auch so signalisiert gegenüber dem Bund, dass sie die Anzahl Flugbewegungen akzeptieren. Damit nimmt man auch den Lärm in Kauf, und dann müssen wir eben mit dem Bund verhandeln, dass wir trotz dem Lärm Entwicklungsmöglichkeiten in der Raumplanung haben.

Und auf dieser Piste sind wir derzeit unterwegs, und dieser Vorstoss gibt uns für diese Verhandlungen keinen Rückenwind, sondern macht einfach auf einem anderen Feld, in dem wir eigentlich zurzeit noch gar nichts prüfen können, uns zusätzlich Arbeit. Darum wäre ich froh, wenn Sie diesen Vorstoss ablehnen.

Präsident. Ich übergebe das Wort noch einmal dem Einreicher dieses Postulats, Grossrat Andreas Michel.

Andreas Michel, Schattenhalb (SVP). Ja, es ist richtig, es findet heute Abend ein Gespräch statt. Ich habe ein sechsseitiges Dokument der Gemeinden, in dem 30 Termine verstreut über die letzten fünf Jahre aufgelistet sind, an denen man Gespräche geführt hat, insbesondere natürlich mit dem VBS aber auch mit dem Kanton und so weiter. Man kommt einfach nicht weiter.

Sich jetzt hinter dem Formellen zu verstecken, ist für mich ein wenig Ausdruck davon, dass man nichts machen will oder etwas machen will, das uns wahrscheinlich nicht zum Ziel führt. Wir haben gehört, dass der Lärmbelastungskataster eine Berechnung ist. Man kann diesen bereits heute machen für die vier in Frage stehenden Kampfflugzeugtypen. Im Sommer entscheidet der Bundesrat, welcher Typ es sein soll. Dann kann man sich auf einen beschränken. Dann hat man eine Ahnung, wohin wir gehen mit diesen verschiedenen Perimetern. Ob dann diese schlussendlich in zehn Jahren 100 Meter weiter weg sind, oder etwas näher, ist absolut sekundär. Wesentlich ist zu wissen, wie wir auf diese Situation reagieren.

In dem Sinn möchte ich Sie bitten, jetzt schon im Sinne von «gouverner, c'est prévoir» vorausschauend Lösungen zu suchen, wie wir dieser Problematik künftig begegnen können.

Präsident. Dann beschliessen wir über den Vorstoss. Traktandum 131, ein Postulat von Grossrat Michel: «Raumplanerische Antworten auf die neuen Kampfflugzeuge». Wer dieses Postulat annehmen will, stimmt Ja, wer es ablehnt, stimmt Nein.

Abstimmung (2020.RRGR.171; als Postulat)

Vote (2020.RRGR.171 ; sous forme de postulat)

Der Grosse Rat beschliesst: / Décision du Grand Conseil :

Annahme / Adoption

Ja / Oui 80

Nein / Non 48

Enthalten / Abstentions 15

Präsident. Mit 80 Ja zu 48 Nein bei 15 Enthaltungen stimmen Sie diesem Postulat zu.